

NEWSLETTER ZUR PLENARWOCHE

Birgit Sippel
Mitglied des Europäischen Parlaments
für Südwestfalen



THEMEN DER PLENARWOCHE MONTAG, 14.09.2020 – DONNERSTAG, 17.09.2020

Rede zur Lage der Europäischen Union – sozialökologischen Wandel schaffen

Debatte; Mittwoch, 16. September, ab 9 Uhr.

Während des Septemberplenums wird Ursula von der Leyen in ihrer Funktion als EU-Kommissionspräsidentin eine Rede zur Lage der Union halten. Von der Leyen hat einige Weichenstellungen der Kommission vorgenommen. Mehrere ihrer Versprechen ist sie jedoch schuldig geblieben. Neben der Pandemiebekämpfung dürfen zentrale Initiativen für den sozial-ökologischen Wandel sowie für die Demokratisierung der EU nicht in Vergessenheit geraten.

Situation der Rechtsstaatlichkeit in Polen

Debatte, Montag, 14. September, ab 17.30 Uhr, Abstimmung Donnerstag, 17. September, ab 9.30 Uhr

Bereits im Dezember 2017 hatte die EU-Kommission wegen einer umstrittenen Justizreform das sogenannte Artikel-7 Verfahren gegen Polen wegen möglicher Verletzung der demokratischen Grundwerte eingeleitet, das in einem letzten Schritt zu einem Entzug von Stimmrechten führen kann. Das Problem: Die Regierungen von Ungarn und Polen, gegen die beide ein solches Verfahren läuft, decken sich im Rat gegenseitig und haben das Artikel-7-Verfahren so, aufgrund der im Rat benötigten Einstimmigkeit, in eine Sackgasse geführt. Gleichzeitig verschlechtert sich die Situation in beiden Staaten zunehmend, nicht nur im Bereich der Justiz. In Polen werden LGBTI-Personen zunehmend diskriminiert und offen bedroht oder sogar angegriffen. Zuletzt kündigte die polnische Regierung an, sich aus der Istanbul-Konvention, dem Übereinkommen des Europarats zur

Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, herauszuziehen. Als Innen- und Justizausschuss haben wir daher bereits im Juli einen Zwischenbericht zum Stand des Artikel-7-Verfahrens in Polen verabschiedet. Dieser soll nun im Plenum angenommen werden.

Langfristige EU-Finanzplanung – Eigenmittel für eine stärkere Union

Debatte; Montag, 14.9.2020, ab 17.30 Uhr.

Das Plenum wird in einer Stellungnahme auf den Juli-Vorschlag der Staats- und Regierungschefs für EU-Eigenmittel im EU-Rahmenhaushalt 2021-27 reagieren und darin die parlamentarischen Forderungen konkretisieren. Die Staats- und Regierungschefs einigten sich beispielsweise auf eine Plastik-Abgabe zur Finanzierung von gemeinsamen Anlagen zum Wiederaufbau, die direkt in den europäischen Haushalt fließen soll. Das Parlament fordert aber weitere Zusagen, etwa für eine Digitalsteuer, eine Finanztransaktionssteuer oder eine CO2-Grenzabgabe.

Auffangnetz für Beschäftigte in ganz Europa

Debatte, Montag, 14.9.2020, ab 17 Uhr.

Das Plenum debattiert mit Rat und Kommission, wie Massenentlassungen aufgrund der COVID-19-Krise vermieden werden können. Neben einer Anpassung der im Februar vorgeschlagenen EU-Beschäftigungsrichtlinien unterstreichen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ihre langjährige Forderung nach einer Arbeitslosenrückversicherung, also einer Unterstützung der nationalen Arbeitslosensysteme. Die von der Europäischen Kommission auf den Weg gebrachten Maßnahmen im Rahmen des SURE-Kurzarbeitsprogramm sind wichtig, aber nur temporär. SURE wird nicht ausreichen, um die bereits steigende Arbeitslosigkeit in den EU-Ländern anzugehen.

Ein Vorschlag für eine Arbeitslosenrückversicherung ist bereits im Kommissionsarbeitsprogramm vorgesehen. Ein nachhaltiger Wiederaufbau als Weg aus der Corona-Krise kann nur mit neuen gemeinschaftlichen Maßnahmen und einem sozialeren Europa gelingen.

Klimaziele für die Schifffahrt

Änderung einer Verordnung; Debatte am Montag, 14.9.2020; Abstimmung Mittwoch, 15.9.2020, 12 bis 14 Uhr.

Der Umweltausschuss hat einen Vorschlag der EU-Kommission für die Reform einer Verordnung überarbeitet, die die Überwachung, Berichterstattung und Überprüfung von CO2-Emissionen im Seeverkehr regelt. Die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat schon im Rahmen ihrer Bewerbungsrede zugesagt, dass Emissionen aus dem Seeverkehr endlich ihren Preis haben müssen. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern daher, den Anwendungsbereich der Verordnung direkt, im Sinne des Anspruchs des europäischen Green Deals, zu erweitern und den EU-Emissionshandel ab Januar 2022 auch für den Seeverkehr festzuschreiben. Im Umweltausschuss wurden bereits weitere deutliche Verbesserungen des Textes erreicht, u.a. ein verbindliches Effizienzziel für die Schifffahrt von 40 Prozent bis 2030, und eine Überarbeitung der Normen

für Luftschadstoffe. Das Plenum muss nun all diese Verbesserungen bestätigen und damit einen Wandel für mehr Verantwortung zur CO₂-Reduzierung im Schifffahrtssektor anstoßen.

Deeskalation im türkisch-griechischen Gasstreit

Resolution; Debatte Dienstag, 15.9.2020, 9 Uhr bis 11.50 Uhr; Abstimmung ab 12 Uhr.

Auf Initiative der S&D-Fraktion wird das Parlament eine Stellungnahme zum Streit um Gasvorkommen in der Ägäis verabschieden. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unterstützen die Bemühungen der deutschen Ratspräsidentschaft, einen Dialog mit der Türkei zu suchen und die griechische Regierung in ein Schlichtungsformat mit einzubinden. Die Türkei sollte die Androhung militärischer Gewalt unterlassen. Der Streit um Hoheitsgebiete und rechtliche Ansprüche betrifft internationales Recht und die beiden Staaten sollten sich deswegen darauf verständigen, den Konflikt durch den Internationalen Gerichtshof in Den Haag klären zu lassen.

Transparenz bei Waffenexporten, Sanktionen einführen

Abstimmung über Umsetzung des Ratskompromisses, Dienstag, 15.09.2020, ab 12 Uhr.

Rund 26 Prozent der weltweiten Waffenexporte in den Jahren 2015 bis 2019 stammten aus der EU-28. Damit sind die EU-Mitgliedstaaten zusammengenommen nach den USA der zweitgrößte Waffenexporteur der Welt. Der Auswärtige Ausschuss sowie sein Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung verlangen in einem Initiativbericht mehr Transparenz und Einheitlichkeit bei der jährlichen Berichterstattung von den EU-Staaten und die Einführung von Sanktionsmechanismen bei der Verletzung bereits existierender EU-Regeln von 2008. Diese verpflichten die EU-Staaten zwar zur Einhaltung der acht gemeinsam beschlossenen Kriterien für Waffenexporte, Sanktionsmechanismen gibt es jedoch trotz langjähriger Forderungen des Europäischen Parlaments nicht. Für die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament sind die verbindliche Einhaltung gemeinsamer Regeln und Sanktionsmechanismen bei deren Verletzung daher ein Kernelement des Berichts. Sollte dieser vor einer konservativ-liberalen Mehrheit des Parlaments nicht durchkommen, werden sie den Bericht ablehnen.

Covid-19: Koordinierung von Gesundheits- und Risikobewertungen sowie Auswirkungen auf Schengen und den Binnenmarkt

Debatte, Dienstag, 15.9.2020, 14.30-15.30 Uhr, Abstimmung Donnerstag, 17. September, ab 13 Uhr.

Die unkoordinierten Alleingänge der Mitgliedstaaten bei den Grenzschießungen im Frühjahr sind vielen Bürger*innen noch gut in Erinnerung. Plötzlich wurde die uns selbstverständliche Reisefreiheit im Schengen-Raum eingeschränkt und durch einen Flickenteppich nationaler Regeln ersetzt, der viele verwirrt und verunsichert hat. Schrittweise wurden dann Reisen innerhalb der EU wieder zugelassen, auch weil sich die Mitgliedstaaten endlich koordiniert hatten. Mit dem Anstieg an Coronafällen in vielen Mitgliedstaaten ist jetzt jedoch auch der Flickenteppich zurück: grüne, orangene, rote Zonen, Risikogebiete, Reisewarnungen, Quarantäne, verpflichtende COVID-Tests – jeder Mitgliedstaat verwendet derzeit eigene Systeme und Verpflichtungen, die grenzüberschrei-

tende Reisende beachten müssen. Die Mitgliedstaaten müssen sich jetzt dringend wieder an einen Tisch setzen und eine gemeinsame, europäische Lösung finden, die für alle Bürger*innen verständlich ist. Dies werden wir von Kommission und Rat im Plenum einfordern.

Europäische Hilfgelder für den Kultursektor

Resolution; Abstimmung Dienstag, 15.9.2020, 12 bis 14 Uhr

Die durch die Pandemie mit am stärksten betroffene Kulturbranche wird im Corona-Hilfsfonds der Europäischen Union bisher ignoriert. Europas Leitmotiv der kulturellen Vielfalt wird damit in Frage gestellt. Die durch COVID-19 ausgelöste Wirtschaftskrise darf nicht dazu führen, dass weniger öffentliche Gelder in den Kultursektor fließen. Andernfalls riskiert die Europäische Union, das Angebot von Theatern, Konzerthäusern aber vor allem von selbstständigen Kulturschaffenden auf unbestimmte Zeit zu verlieren.

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Kulturausschuss fordern daher, dass mindestens zwei Prozent des europäischen Wiederaufbaufonds für den Kultursektor reserviert werden.

Brand in Moria – Humanitäre Hilfe leisten, weitere Katastrophe verhindern

Debatte, Donnerstag, 17.9.2020, ab 10.00 Uhr

Das verheerende Feuer im Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos hat das Versagen der EU-Mitgliedstaaten brutal offengelegt. Seit Monaten setzen wir Sozialdemokrat*innen im Europäischen Parlament uns dafür ein, das Lager aufgrund der unsicheren und unhygienischen Bedingungen zu evakuieren. Nach der Zerstörung des Lagers muss die EU jetzt kurzfristig die Bereitstellung von Notunterkünften unterstützen. Aber insbesondere die Mitgliedstaaten müssen sich endlich ihrer humanitären Verantwortung stellen. Sie müssen sich endlich mit Schutzsuchenden, aber auch mit der lokalen Bevölkerung und Griechenland solidarisch zeigen und die Menschen, die ihre Unterkunft verloren haben, umsiedeln und aufnehmen. Das Feuer ruft uns zudem schmerzhaft in Erinnerung, dass die EU-Asylreform seit Jahren überfällig ist und für die wir spätestens Ende September einen neuen Vorschlag der Kommission erwarten. Um diese humanitäre Katastrophe zu bewältigen haben wir uns daher im EU-Parlament für eine Aussprache im Plenum eingesetzt.

Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern

Debatte, Donnerstag, 17.9.2020, ab 8.45 Uhr

Sexueller Missbrauch von Kindern ist eine besonders schwere Straftat, die weitreichende und schwerwiegende lebenslange Folgen für die Opfer, aber auch erheblichen und langfristigen sozialen Schaden für die gesamte Gesellschaft zur Folge hat. Dabei wird nach Schätzungen des Europarats jedes fünfte Kind in Europa Opfer einer Form von sexueller Gewalt. Nach Schätzungen von Hilfs-Hotlines werden 90% der Online-Inhalte über den sexuellen Missbrauch von Kindern auf EU-Servern gespeichert. Und es gibt Anzeichen dafür, dass die COVID-19-Krise das Problem ver-

schärft hat. Ende Juli hat die EU-Kommission daher ihre neue Strategie für eine wirksamere Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern vorgestellt, die wir im Plenum debattieren werden. Eine wirksamere Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern offline und online – bei uneingeschränkter Achtung der Grundrechte – das muss unser aller Ziel sein.

[Hier](#) geht es zur Onlineversion.

Kontakt:

Europabüro Birgit Sippel MdEP
Ulricherstraße 26 – 28
59494 Soest
Tel.: 02921/5991750
Fax: 02921/15952
Mail: europa@birgit-sippel.de
Internet: www.birgitsippel.de
Facebook: www.facebook.com/BirgitSippel